A-091/2016-2021

E: 07.11.2016

Fraktionen SPD | Bündnis 90/Die Grünen | FDP

An die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Sames-Postel

Betr.: Bedarfsdeckungsplan Kindertagesstätten in Pohlheim

Sehr geehrte Frau Sames-Postel,

wir bitten Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, seine Bedarfsdeckungsplanung für die Kindertagesstätten in Pohlheim in den nächsten 2, 5, 10 Jahren detailliert vorzunehmen, und dem SKS vorzulegen bevor weitere Schritte zum Aus- und/oder Umbau einzelner Kindertagesstätten erfolgen. Er soll gemeinsam mit der Fachaufsicht und Fachberatung Kindertagesbetreuung des Landkreises Gießen entwickelt werden.Der Bedarfsdeckungsplan sollte u.a. folgende Fragen beantworten

1. Entwicklung der natürlichen Demografie: Wie bilanzieren sich in den nächsten 2, 5, 10 Jahren Zugang und Abgang aus den Kindertagesstätten? Ausgehend von den jeweils pro Jahr neu geborenen Kindern und bisheriger Erfahrungswerte ist der Zugang zu bestimmen, zugleich der Abgang in die Grundschule. Dabei sind auch Prognosen des Statistischen Landesamtes mit heranzuziehen, damit auch ein längerfristiger Trend aufgezeigt werden kann.

   Dabei sind die Jahrgangsstärken zu berücksichtigen und die Auswirkungen gemäß KiFöG deutlich zu machen.

2. Wie viele Kinder im Kindergartenalter sind in den letzten beiden Jahren in Pohlheim hinzugezogen?

3. Wie viele Kinder im Kindergartenalter sind als Folge der Migrationsbewegungen seit Ende 2014 nach Pohlheim gekommen?

4. Wie entwickelt sich die Nachfrage nach U2- und U3-Betreuung?

5. Wie entwickelt sich das Angebot an Tagesmüttern bzw. Tagesvätern? Darstellung anhand des Rückblicks der letzten 2 Jahre inbegriffen.

6. Welche Auflagen hat die kommunale Fachaufsicht für den Betrieb der derzeitigen Kindertagesstätten konkret gemacht? Mit welchen Sanktionen, z. B. Kürzungen bei den Betriebsgenehmigungen ist zu rechnen, wenn welche Auflagen nicht erfüllt werden?

7. Welches ist im Gesamtüberblick der aktuelle Ausbaustand? Welche zeitlichen Ziele sind für welche Ausbauprojekte angedacht?

8. Von welchen zusätzlichen Kosten geht der Magistrat insgesamt bei Aus- und Umbau, Personal sowie für andere Sachkosten aus?

9. Sind im Bereich des Personals zusätzliche Stellen geplant? Wenn ja wie viele und wo? Wenn nicht, ist ein Personalabbau geplant?

10. Zieht der Magistrat in Erwägung, aktuelle Platzdefizite schnell und unbürokratisch dadurch zu beheben, dass vom Landkreis leerstehende portable Häuser der Flüchtlingsunterbringung (Laumänner) angemietet und sofort in Betrieb genommen werden? Könnte dadurch nicht Zeit für eine durchdachte Gesamtplanung gewonnen werden?

Es ist sicherzustellen, dass insbesondere dort ausgebaut wird, wo tatsächlich Bedarf besteht und wo als Folge veränderter rechtlicher Bestimmungen durch das KiFöG entsprechende Erweiterungen bzw. Erneuerungen angezeigt sind.

Begründung:

Seitens der Stadtverordnetenversammlung ist in den letzten Jahren immer wieder nachgefragt worden, wie groß der Bedarf -- an Kinderbetreuungsplätzen ist bzw. wie diesem entsprochen werden kann. Mal wurde ein Überhang an Betreuungsplätzen berichtet, vor allem dank der vorhandenen Tagesmütter und -väter, dann wurde nach der Erweiterung in Holzheim und der Einrichtung einer zweiten Gruppe in Garbenteich der Bedarf als gedeckt bezeichnet, dann werden weitere Gruppen in der Germaniastraße und in Garbenteich geplant und in der letzten Stadtverordnetenversammlung werden zwei zusätzliche Erweiterungen in Hausen und in Grüningen gefordert. Hier fehlt ganz offensichtlich eine echte Bedarfsanalyse quantitativer und qualitativer Art. Es entsteht der Eindruck, dass unter dem Hinweis vernachlässigter Investitionen in der Vergangenheit nunmehr überstürzt viele Projekte auf einmal in Angriff genommen werden.

Zutreffend wurde in dem letzten diesbezüglichen Bericht der Verwaltung herausgestellt, dass sich die Bedarfe an Kindertagesplätzen durch ein verändertes

Erwerbsverhalten insbesondere von Müttern und den nach wie vor eher zurückhaltenden Einsatz von Vätern bei der Kinderbetreuung qualitativ verändert haben: Es wird mehr Ganztagesbetreuung, zumindest eine Betreuung über eine mehr als 4-stündige Zeitspanne pro Tag hinaus, nachgefragt. Hierzu gibt es hessenweite Trends, die abgefragt und auf Pohlheimer Verhältnisse übertragen werden können

Dabei ist als Folge des Zuzugs von Personen mit Migrationserfahrungen aus Krisengebieten in den letzten Monaten ein erhöhter Bedarf offensichtlich – doch wo und unter welchen Bedingungen? Dieses hängt u.a. vom Rechtsstatus der Elternteile ab und von Planungen, wo zukünftig der Wohnsitz liegen soll.

Dabei werden Auflagen der kommunalen Fachaufsicht angeführt, ohne dass diese ggf. der Stadtverordnetenversammlung bislang präzisiert und belegt werden. Die antragstellenden Fraktionen -dringen deshalb darauf, dass die Vertreterin des Landkreises in eine der nächsten Sitzungen des SKS eingeladen wird und dort direkt berichtet, was aus fachlicher Sicht zu geschehen hat.

Und schließlich wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass der größte Bedarf derzeit in Watzenborn-Steinberg besteht. Auch hier ist abzuklären, wie dieser Bedarf qualitativ und quantitativ aussieht und wie diesem entsprochen werden kann.

Während es einerseits richtig ist, dass Eltern auch eine gewisse Mobilität beim Aufsuchen einer Kindertagestätte zuzumuten ist, sollte andererseits bei Neu- und Umbauten vor allem dort angesetzt werden, wo der Bedarf offensichtlich ist.

Darüberhinaus betrachten wir eine längerfristige Prognose und Planung (möglicherweise über eine Legislaturperiode hinaus!) als sehr wichtig, um früh und rechtzeitig angemessene Schritte einleiten zu können.

Dieses alles sind keineswegs leicht zu beantwortende Fragen. Dabei kann auf die Expertise von Einrichtungen außerhalb von Pohlheim zurückgegriffen werden, etwa auch der Fachaufsicht des Landkreises und Daten des Statistischen Landesamtes. Auch können Fachleute aus den Fraktionen bzw. Ausschüssen hinzugezogen werden.

In jedem Falle sollte der Aus- und Umbau weiterer Tagesstätten erst dann erfolgen, wenn Planungssicherheit gegebenen ist. Zwischenlösungen sind möglich und notwendig. Sie werden von anderen Kommunen – wie etwa Lich – auch genutzt. Auch die Limesschule in Watzenborn-Steinberg hat sofort eine provisorische Lösung für Raumprobleme gefunden, bevor dann der Gesamtneubau erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Peter Alexander (Fraktionsvorsitzender SPD)	gez. Eckart Hafemann (Fraktionsvorsitzender GRÜNE)	gez. Fabian Schäfer (Fraktionsvorsitzender FPD)